

Presse – Ausschnitt FLZ - Dinkelsbühl - Feuchtwangen vom 10.09.2020

Pläne für Ausbau der Ortsdurchfahrt in Weinberg

Aurachs Gemeinderat lehnt zusätzliche Ampeln ab – „Radstreifen“ und behindertengerecht gestaltete Bushaltestellen – Antrag auf Tempo 30 am Kindergarten



Die Ortsdurchfahrt in Weinberg soll ausgebaut werden: Jetzt befasste sich Aurachs Gemeinderat mit den Planvarianten, die das Staatliche Bauamt vorgelegt hatte. Umfangreichere Arbeiten sind unter anderem an den Bushaltestellen vorgesehen. Foto: Christina Özbeke

AURACH (öz) – Die Entwurfsplanung für den Ausbau der Ortsdurchfahrt im Ortsteil Weinberg haben jetzt Vertreter des Staatlichen Bauamts sowie des Ingenieurbüros Christofori und Partner in der jüngsten Sitzung von Aurachs Gemeinderat vorgestellt. Schließlich verständigte sich das Gremium auf eine Variante und brachte damit die weitere Planung auf den Weg.

Die Straße soll auf einer Länge von einem halben Kilometer saniert werden, zumal auch die Verlegung neuer Kanäle, wie es hieß, ansteht. Für die Ausführung der Arbeiten hatte Andreas Fechner vom Staatlichen Bauamt verschiedene Varianten erläutert: Eine davon sah drei Ampeln vor, um die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern zu erhöhen. Da befürchteten die Gemeinderäte jedoch unnötige Wartezeiten für Autofahrer, die von der Windshofener Straße in Richtung Aurach abbiegen müssen. Zugleich sei der Weg für Fußgänger unzumutbar.

Provisorische Anlage wird jetzt einbetoniert

Folglich sprach sich das Gremium für die Alternative aus, in deren Rahmen die bislang provisorisch aufgestellte Lichtzeichenanlage fest einbetoniert wird. Darüber hinaus soll ein 1,25 Meter breiter „Radstreifen“ zwischen den Einmündungen der Westbergstraße und der Windshofener Straße markiert werden. Auf diesem gilt dann absolutes Halteverbot. Zudem dürfen ihn Autofahrer nur bei Gegenverkehr befahren, sofern sie beim Ausweichen keine Radfahrer behindern. Und im Sinn der Sicherheit von Radlern, die zwischen dem Fuß- und Fahrradweg sowie der Fahrbahn wechseln müssen, sollen Bordsteine mit sogenannten „Radfahrerschleusen“ verlegt werden.

Auch einen Vorschlag des Staatlichen Bauamts, der eine Verkleinerung der Einmündung „Zur Wiesethquelle“ vorsah, lehnte der Gemeinderat ab und sprach sich vielmehr dafür aus, die große Kreuzung zu erhalten. Zudem befürwortete das

Gremium, dass auf Höhe des Anwesens Feuchtwanger Straße 33 fünf Längsparkplätze angelegt werden.

Im weiteren Verlauf der Ortsdurchfahrt bis zur Einmündung der Straße nach Vehlberg gebe es – bis auf Ausgleichsarbeiten – nicht viel zu tun, erklärte Fechner. Indes seien umfangreichere Maßnahmen an der Einmündung der Straße nach Windshofen erforderlich. Hier solle die Bushaltestelle behindertengerecht gestaltet werden. Zudem sei es wichtig, dass der Bus die Haltestelle gerade anfahren könne, damit Menschen mit Einschränkungen oder Eltern mit Kinderwagen problemlos einsteigen können. Derweil solle die

Haltestelle auf der gegenüberliegenden Straßenseite komplett versetzt werden. Damit werde einerseits ein sicherer Übergang für Radfahrer auf den Radstreifen ermöglicht. Andererseits sei die Haltestelle an ihrem aktuellen Standort verkehrsbedingt nur schlecht einsehbar. „Hier muss eine Höhenangleichung vorgenommen werden, damit der Fahrer den Verkehr bei der Ausfahrt besser verfolgen kann“, erklärten die beauftragten Ingenieure.

Derweil wurde in der Sitzung angekündigt, dass die Gemeinde für den Kreuzungsbereich der Feuchtwanger Straße mit der Windshofener Straße wegen des Kindergartens eine

Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Stundenkilometer beantragen werde. Darüber hinaus bewertete das Gremium einen Zebrastreifen an der Querung der Vehlberger Straße als sinnvoll. Hingegen meinte Andreas Fechner, von Zebrastreifen halte er nichts, zumal diese Markierungen auf der Fahrbahn erfahrungsgemäß die Sicherheit nicht erhöhten. Darüber zu entscheiden habe aber letztlich das Landratsamt.

Wie es weiter hieß, übernimmt der Freistaat den Großteil der Kosten für die Arbeiten an den Kreuzungsbereichen inklusive der Gehwege – allerdings ohne Nebenflächen und Straßenarbeiten. Eine weitere Sum-

me bezahle der Landkreis, während die Gemeinde Aurach nur für den Aus- und Einbau der Tragschicht aufkommen müsse. Dieser Aufwand werde auf 500 000 bis 600 000 Euro geschätzt, Fördermöglichkeiten würden jetzt abgeklärt.

Als nächste Schritte nannte Fechner die Abstimmung mit den beteiligten Behörden sowie die Planung der Umleitungsstrecke, die voraussichtlich über die Gemeindeverbindungsstraße bei Herrieden verlaufen werde. Mitte September sollen die Bürger im Rahmen einer Ortsbegehung beteiligt werden, bevor sich der Gemeinderat im Oktober erneut mit dem Plan-Entwurf befasst.